

# Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 80 38/39  
Telex: 06 86 846-48 ppbn d



## Inhalt

34. Jahrgang / 10

15. Januar 1979

Klaus von Dohnanyi MdB,  
Staatsminister im Auswärtigen Amt, ruft die Sozialdemokraten Europas zu neuer Solidarität für Gerechtigkeit und Frieden auf.

Seite 1/2

Bruno Friedrich MdB,  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, nennt die wichtigsten Forderungen der europäischen Sozialdemokraten in ihrem "Aufruf an die Wähler Europas".

Seite 3/4

Dr. Olaf Schwencke MdB,  
Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V., fragt nach der Notwendigkeit einer Bundeskunsthalle in Bonn.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
PresseDienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Neue Solidarität für Europa

-----  
Sozialdemokraten als mutige Kämpfer und politische Ingenieure für Gerechtigkeit und Frieden

Von Klaus von Dohnanyi MdB  
Staatsminister im Auswärtigen Amt

Die ersten europäischen Direktwahlen finden in einer Zeit statt, in der überall in Europa Unsicherheit und Sorge um die Zukunft zunehmen.

Ursache dieser Unsicherheit der Bürger sind die immer offenkundiger werdenden Widersprüche in den Entwicklungstendenzen der Industriegesellschaft.

Industrieller Fortschritt, das wissen die Menschen, setzt eine immer stärkere Kontrolle über die Natur, eine immer weiter fortschreitende "Denaturierung der Natur" voraus. Die Menschen wollen den Fortschritt - aber sie wollen auch immer dringlicher die Bewahrung und Wiederherstellung einer natürlichen Umwelt.

Der Mensch verbindet seine Hoffnung mit Wissenschaft und Technik, zum Beispiel bei der Erschließung neuer Energiequellen - aber zugleich wächst seine Furcht vor die-

ser Technik, wie zum Beispiel im Falle der Kernenergie oder auch der Computertechnik.

Die Sicherheit des Arbeitsplatzes ist eines der Grundbedürfnisse der Arbeitnehmer in der Industriegesellschaft - aber die Menschen haben begriffen, daß Einkommensunterschiede, wie sie heute zwischen Nord und Süd bestehen, keine friedliche Welt ermöglichen. Arbeitsplätze in den Entwicklungsländern zu schaffen, ist daher eine als notwendig erkannte Politik - ihre Folgen für den eigenen Arbeitsplatz werden aber mit Angst gesehen.

Sozialdemokraten müssen die Widersprüche in den Bedürfnissen und Sehnsüchten der Menschen erkennen und begreifen, wenn sie Lösungen finden wollen, die den wahren Interessen der Menschen entsprechen. Sozialdemokraten müssen den Mut haben, den Bürgern die Widersprüche aufzuzeigen und sie müssen den Sachverstand aufbringen, um Lösungen zu ermöglichen.

Der "Aufruf an die Wähler Europas" ist auf diesem Hintergrund ein ehrgeiziges Programm.

Die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und die Sicherung der Arbeitsplätze der Menschen in der Gemeinschaft soll verbunden werden mit mehr Hilfe für die Entwicklungsländer.

Die Bevölkerung in den industriellen Regionen soll menschlichere Arbeitsplätze und eine bessere Umwelt erhalten, zugleich sollen aber auch finanzielle Mittel verstärkt in die benachteiligten Regionen Europas gegeben werden.

Die Einkommen insbesondere der benachteiligten Schichten sollen verbessert werden, zugleich soll die Investitionskraft der Wirtschaft für neue Arbeitsplätze, für Umweltschutz und neue Rohstoffquellen gestärkt werden. Hinzukommt, daß Sozialdemokraten in Europa die demokratische Mitbestimmung der Arbeitnehmer stärken wollen, obwohl dies den Widerstand der Betroffenen für unvermeidliche Opfer oft schwieriger überwindbar machen wird.

Die Bewältigung der schwierigen Aufgabe ist nur möglich, wenn es gelingt, eine neue Solidarität in Europa durch große politische Überzeugungskraft zu schaffen.

Sozialdemokraten werden diese Überzeugungskraft nur ausstrahlen können, wenn sie nicht nur mutige Kämpfer sind für Gerechtigkeit und Frieden, sondern auch die qualifizierten politischen Ingenieure für diese Ziele.

(-/15.1.1979/va-he/hgs)

## Wirtschaftsdemokratie als gemeinsames Ziel

---

### Neuorientierung und Standortbestimmung für Europas Sozialdemokraten und Sozialisten beim Brüsseler Kongreß

Von Bruno Friedrich NdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die geringe Beachtung, die internationale Parteikongresse in der Öffentlichkeit finden, ist das wohl deutlichste Anzeichen dafür, daß die politischen Interessen in der Europäischen Gemeinschaft immer noch vorrangig national geprägt sind. So ist es der Öffentlichkeit entgangen, daß in der vergangenen Woche der X. Kongreß des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der EG in den Fragen einer künftigen europäischen Wirtschaftsordnung eine wichtige Grundentscheidung für den Standort des demokratischen Sozialismus getroffen hat.

Diese Neuorientierung spiegelt sich in den 35 Thesen des Aufrufs an die Wähler, den die auf dem Kongreß vertretenen Parteien einstimmig beschlossen haben; sie wurde geprägt durch die Referate und Beiträge von Anker Jørgensen, dem dänischen Ministerpräsidenten, dem Niederländer Joop den Uyl, dem Franzosen Michel Rocard; und sie ist identisch mit den zentralen Positionen des im Dezember 1978 vom Kölner Parteitag beschlossenen Europa-programms der SPD. Die wichtigsten Forderungen der elf Parteien des Brüsseler Kongresses sind der Wille zur Wiedererlangung der Vollbeschäftigung und die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie.

Es war ein ehrlicher Kongreß. Demoskopieorientierte Verbeugungen fehlten völlig. Es gab auch nicht den Versuch, die unterschiedlichen Traditionen und nationalen Interessen zu kaschieren. Umso schwerer wiegt die Übereinstimmung in den zentralen politischen Fragen.

Michel Rocard, der Sprecher der französischen Sozialisten, betonte, daß es eine Vollbeschäftigung, mit den Merkmalen und Bedingungen aus der Zeit vor der Weltwirtschaftskrise, nicht wieder geben werde. In einer Neuorientierung, vor allem der Tarifpolitischen Auseinandersetzung, sehen die elf Parteien eine notwendige Kursänderung. Der Stahlarbeiterstreik in der Bundesrepublik hat den Kongreß intensiv beschäftigt, weil er die Problemlage der künftigen Arbeitskämpfe in der EG ankündigt: Nicht primär die Erhöhung des Lohnes, sondern die Sicherung der Arbeitsplätze, auch durch Verkürzung der Arbeitszeit, bestimmen die Forderungen der Arbeitnehmer. Die Logik dieser Neuorientierung verlange vom Wirtschaftssystem, daß auch bei den Arbeitgebern, und den Kapital-

eignern andere Maßstäbe als nur die der Gewinnorientierung gelten müßten.

Die "Wirtschaftsdemokratie" ist das gemeinsame Leitbild einer künftigen Wirtschaftsordnung. Viele Jahre ist in Europa über die Möglichkeit eines "Dritten Weges" diskutiert worden: Gibt es einen Weg zwischen der privaten Verfügungsgewalt in der Wirtschaft und der Vergesellschaftung der Produktionsmittel durch den Staat?

Es ist erstaunlich, daß die einstimmige Brüsseler Entscheidung für Wirtschaftsdemokratie als dem gemeinsamen Ziel der elf Parteien kaum in der Öffentlichkeit beachtet worden ist.

Nicht Verstaatlichung, sondern Mitbestimmung, Miteigentum, dazu der Vorschlag des dänischen Ministerpräsidenten Jørgensen, eine Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer einzuführen, sind die dominierenden Elemente der anzustrebenden Wirtschaftsdemokratie. Die im nationalen Bereich entwickelten Modelle der Mitbestimmung und des Miteigentums sollen über eine längere Frist zunächst national erprobt werden.

Die Entwicklung der elf Parteien zu ideologischer und politischer Übereinstimmung in der Wirtschaftspolitik wird viele überraschen. Sie ist das Ergebnis der Wirtschaftskrise, der Annäherung der regierenden Parteien und den Zwang anderer Parteien, aus einer langen Oppositionsphase Konsequenzen zu ziehen. Auffallend ist besonders die Annäherung der deutschen Sozialdemokraten und der französischen Sozialisten. Das Verhältniswahlrecht bei den Europawahlen in Frankreich gestattet es den französischen Sozialisten, ihre eigene Position zu betonen und nicht mit einem durch das nationale Wahlsystem bedingten Koalitionsprogramm zu operieren.

Es war Francois Mitterrand, der hervorhob, daß die europäischen Sozialisten sich nicht auf die Veränderung des ökonomischen Systems als Zielvorstellung beschränken dürfen. Die Erweiterung der Bürgerrechte und die Verteidigung der Menschenrechte soll vom neuen europäischen Parlament als wichtiger Auftrag gesehen werden.

Das Echo des Kongresses auf die Rede des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Hans Koschnick zur Friedenspolitik war lebhaft und ließ in der Außenpolitik drei Grundorientierungen erkennen: Die Friedenspolitik Willy Brandts ist das Axiom der Bemühungen um internationale Entspannung; eine neue Phase der Entspannungspolitik mit dem Ziel einer bewußt kriegsverhütenden Politik muß eröffnet werden" die Hilfe für die Dritte Welt verlangt höhere Leistungen der Wohlstandsstaaten.

Im neuen, direkt gewählten Europäischen Parlament werden sich die Parlamentarier dem Konflikt europäischer und nationaler Interessen stellen müssen.

Es war die übereinstimmende Auffassung aller Redner, daß zunächst einige Jahre hindurch eine Phase intensiver Kooperation nötig ist, um Zustimmung zu neuen Integrations-schritten der EG zu erreichen. Die Arbeitsfähigkeit und das Selbstverständnis des neuen Europäischen Parlaments werden diese Möglichkeiten neuer Integrations-Schritte freilich mehr bestimmen als schönformulierte Programme. Der Bund der Sozialdemokratischen Parteien hat deshalb in Brüssel bei seiner Selbstdarstellung die europäische Realität einer EG-Scheinwelt vorgezogen.

(-/15.1.1979/ks/hgs)

## Brauchen wir eine Bundeskunsthalle in Bonn?

### Der Kulturstaat und seine Basis

Von Dr. Olaf Schwencke MdB

Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.

Während sich die Jahrestagung der Kulturpolitischen Gesellschaft in der Provinz, in Unna, am Beispiel von Klein- und Mittelstädten mit konkreten Möglichkeiten alternativer Kulturarbeit befaßt, hatte auf Einladung des Deutschen Künstlerbundes und mit Unterstützung des Bundes ein erlauchtes internationales Fachgremium in Bonn Pläne für eine Bundeskunsthalle diskutiert. Die Unnaer Antwort auf einen solchen Plan fiel schon in der Eröffnungsrede - und sie läßt in ihrer vehementen Deutlichkeit sicherlich nichts zu wünschen übrig; ich sagte: "Wir brauchen keine Bundeskunsthalle nationaler Repräsentanz, sondern die Kulturarbeit an der Basis."

Auch im darauf folgenden wissenschaftlichen Hauptreferat von Eckhard Pankoke (Essen) und dem kulturpolitischen Korreferat von Wolf-Peter Schnetz (Erlangen) wurde diese Aussage aufgrund der faktisch vorhandenen Bedürfnisse und erkennbaren Defizite voll bestätigt. Was in Unna kulturpolitisch gewollt wurde, fand sichtbar seinen Ausdruck in dem "Innovationspreis" an kleine Leute aus der Arbeitersiedlung Eisenheim zur Auszeichnung ihres Emanzipationskampfes um die Erhaltung ihrer Siedlung sowie durch die erste Kulturmesse, die in den Unnaer Sporthallen veranstaltet wurde: Der Kulturstaat, wie ihn Bund, Ländern und Kommunen durch ihre kulturpolitischen Aktivitäten mit-definieren, kann nur dann im Sinne des Grundgesetzes, namentlich seines Artikels 20 - "die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat" - verwirklicht werden, wenn die kulturpolitischen Prioritäten durch die Interessen der sozio-kulturellen Basis bestimmt werden.

Die Forderung nach Basis-Kultur einerseits und das öffentliche Begehren einer "Bundes-Kunsthalle" andererseits - reimt sich das zusammen?

Drei Thesen zur Belebung der Diskussion:

1. Eine Bundeskunsthalle, die in ihren Ausstellungsobjekten, um der nationalen Kultur-Repräsentanz willen, lediglich so

etwas wie höhere Fortschreibung der städtischen Museen und Staats-Galerien darstellt, ist verzichtbar.

2. Eine Bundeskunsthalle in Bonn, die in Form und Inhalt (also in der Darstellung des Prozesses der Gegenwartskunst und durch ihr architektonisches Gehäuse) eine wirkliche Alternative zu den existierenden Museen in der Bundesrepublik Deutschland darstelle, wäre dann legitim, also auch wünschenswert, wenn zuvor die finanziellen Möglichkeiten für eine Basis-Kulturarbeit - etwa in den Stadtteilen und durch Kommunikationszentren - erheblich gesteigert, also zumindest eine kommunale kulturelle Schwerpunktaufgabe werden würde.
3. Eine so originäre Schöpfung, wie sie beispielsweise das Centre national d'art et culture Georges Pompidou in Paris darstellt, also: der phantastische Versuch, Gegenwartskunst, alternative Ästhetik und herkömmliche Kultur zu einem umfassenden Kreativ-Programm zu vereinen, so etwas wäre auch für die Bundeshauptstadt Bonn als "Kulturstaat"-Beitrag denkbar, sinnvoll und wünschenswert. Ich denke an einen Kultur-Ort, der durch allerhöchste Kommunikationsmöglichkeiten der divergenten Künstler- und Politiker-Kräfte in diesem Lande qualifiziert ist, unsere Republik europa-politisch endlich kulturell öffnet und international beispielhaft die provinzielle Kleinbürgerlichkeit überwinden hilft: im auch städtebaulich deutlichen Spannungsfeld von Parlaments-Demokratie und Kultur-Zentrum!

Die negativen Aspekte des bundesdeutschen Kulturföderalismus "überwindet" man nicht durch eine Bundeskunsthalle, wohl aber durch neue kreative, politisch-ästhetische Alternativen: die Bundeshauptstadt Bonn wäre schon der Ort, um sie qualifiziert möglich zu machen. Nicht durch eine Kunsthalle, sondern durch ein Kultur- und Kommunikationszentrum des Zwanzigsten Jahrhunderts, als gesamt-ästhetische und politische Antwort auf die künstlerischen Herausforderungen unserer Zeit gibt - geboren aus dem Geist des kritischen und kreativen Widerspruchs von engagierten Künstlern, Intellektuellen, Schriftstellern und anderen Kulturschaffenden in unserer Republik - daraus könnte ein neues, ein originäres deutsches Teritum comparationis erwachsen.

Künstler, Architekten und Politiker hätten ein solches Werk gemeinsam zu schaffen - möglicherweise auf der Basis der Pläne, die Willy Brandt als Bundeskanzler für eine Deutsche Nationalstiftung für Kunst und Kultur angeregt hat. (-/15.1.1979/lu/hgs)